



Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo

Mitglied der NRW Landesarbeitsgemeinschaft Bürgerinitiativen gegen A 44 / DüBoDo

Sprecher:

Wolfgang Czapracki-Mohnhaupt

Schadowstraße 12

44801 Bochum

☎ (0234) 38 32 95

✉ cz-m.bo@web.de

🌐 <http://www.stopp-duebodo.de>

Eckhard Stratmann-Mertens

Schadowstraße 12a

44801 Bochum

☎ + ☎ (0234) 38 74 70

✉ Stratmann-Mertens@gmx.de

🌐 <http://www.stopp-duebodo.de>

Pressemitteilung vom 17.09.2004

Erörterungsmarathon A 44 („Querspange“) wird fortgesetzt

Umfangreicher weiterer Erörterungsbedarf

Erfolg für die Bürgerinitiative: Erörterung jetzt ortsnah

Für die Bürgerinitiative Bochum gegen die DüBoDo erklärt Eckhard Stratmann-Mertens als Sprecher:

Die Erörterung zum Planfeststellungsverfahren für den Neubau der A 44 im Gebiet Steinkuhl („Querspange Bochum“) wird am Dienstag, dem 21.09.2004; Mittwoch, dem 22.09.2004; Donnerstag, dem 23.09.2004 und Freitag, dem 24.09.2004 jeweils ab 10:00 Uhr bis ca. 18:00 Uhr in der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße, Bochum im HGB 10 – Hörsaalgebäude Geisteswissenschaften GB 10 – fortgesetzt. Ein Lageplan ist im Internet unter <<http://www.stopp-duebodo.de>> einzusehen.

Eine mehrwöchige Unterbrechung der Erörterung, die bereits im Juli 2004 über drei Wochen durchgeführt wurde, war notwendig geworden, um dem planenden „Landesbetrieb Straßen.NRW“ Gelegenheit zu geben, seine vielfach veralteten bzw. überholten Planunterlagen zu aktualisieren.

Die Bürgerinitiative konnte erreichen, dass der Erörterungsort von der weit entfernten Wattenscheider Stadthalle in den Hörsaal GB 10 der Ruhr-Uni verlegt wurde, der dem betroffenen Planungsgebiet erheblich näher liegt.

So haben jetzt auch die über 1700 privaten Einwender in dieser Woche die Möglichkeit, die sie unbedingt nutzen sollten, ohne große Reisewege und -kosten ihre Einwendungen vorzutragen, wann es ihnen ihre Zeit erlaubt.

Fest steht, dass noch höchst umfangreicher Erörterungsbedarf besteht. Von den Einwendungen der Bürgerinitiative konnten bei der ersten Erörterungsrunde im Juli zahlreiche Punkte nicht abschließend geklärt werden, da die vorgelegten Planunterlagen unvollständig oder fehlerhaft waren. Viele gewichtige Einwendungen konnten noch gar nicht angesprochen werden.